

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 pbbn d

## Inhalt

Egon Lutz MdB, Obmann der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion, weist angesichts der aktuellen Arbeitslosenzahlen den Zweckoptimismus von Bundeskanzler Kohl zurück: Von Aufschwung keine Spur. Seite 1

Uwe Holtz MdB, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, sieht hinter der Entwicklungspolitik der Bundesregierung nur eine Zielsetzung: Anpassung an andere. Seite 3

Inge Donnepf MdL, Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen, erläutert einen Reformvorschlag zur Entlastung von zahlungsunfähigen Verurteilten: Arbeiten statt Absitzen. Seite 4

Paul Leo Clani, Landesgeschäftsführer der hessischen SPD, beschreibt die Wahlkampforientierung seiner Partei: Mit Börner ein Gegengewicht zur Kohl-Politik schaffen. Seite 5

38. Jahrgang / 85

4. Mai 1983

### Kohls Optimismus total unangebracht

Die Arbeitslosen-Zahlen widerlegen die Aufschwung-Behauptung

Von Egon Lutz MdB  
Obmann der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion

Im Frühjahr signalisieren die Arbeitsmarktdaten regelmäßig zweierlei: Statistisch sind bemerkenswerte Rückgänge an Arbeitslosen zu verzeichnen (so im abgelaufenen Monat um 132.700 auf nunmehr 2,254 Millionen), tatsächlich aber bleibt die Lage, wenn man die saisonalen Schwankungen einmal herausrechnet, unvermindert düster. Und wenn man den Vorjahresvergleich wählt, dann bleibt es eben eine traurige Gewißheit, daß wir derzeit um 32 Prozent mehr Arbeitslose haben als noch vor einem Jahr. Auch die Arbeitslosenquote liegt nunmehr 9,2 Prozent merklich über den von 1982 (7,2 von Hundert).

Wegen der ausschließlichen Saisoneinflüsse sind es auch nur die Männer, die von den belebten Arbeitsmarkttendenzen profitieren: Hier war eine Abnahme der Stellungsuchenden um 128.800 zu verzeichnen, 8,6 Prozent sind derzeit ohne Job, im Vorjahr waren es um diese Zeit 6,5 von Hundert der männlichen Erwerbstätigen gewesen. Dagegen hat sich bei den Frauen nahezu nichts bewegt: Rückgang der Arbeitslosen um 3.900 im letzten Monat, neue Quote 10,3 Prozent, vor einem Jahr lag sie exakt zwei Punkte niedriger. Wie ungleich das Arbeitsplatzrisiko immer noch verteilt ist, spiegeln schließlich die absoluten Zahlen wieder: 1,279 Millionen Männer sind arbeitslos, bei den Frauen sind es 974.000.

Kohls Ausbildungsplatzgarantie hin oder her: Die Jugend-arbeitslosigkeit ist zwar um fast 28.000 gesunken, liegt



aber mit augenblicklich 175.000 immer noch erschreckend hoch, nämlich um 28,8 Prozent über den Vorjahreswerten. Auch der Arbeitsmarkt der Schwerbehinderten gibt nicht zu Jubel Anlaß, bei 129.000 total und einer Abnahme im letzten Monat um ganze 700 hat sich nichts gebessert. Schließlich bleibt zu registrieren, daß eine Viertelmillion Arbeitnehmer, nahezu ausschließlich Frauen, im April vergeblich eine Teilzeitbeschäftigung suchten.

Daß von der Konjunkturlage nach wie vor nichts Gutes zu erwarten ist, zeigt auch der bemerkenswert hohe Neuzugang an Arbeitslosen: 269.000 Erwerbslose wurden neu registriert, drei Viertel davon hatten ihre Arbeitsstelle verloren, ein Prozent bekam nach abgeschlossener Berufsausbildung den blauen Brief, der Rest meldete sich auf dem Arbeitsamt, ohne vorher einer Tätigkeit nachgegangen zu sein. Rechnet man dagegen den Neuzugang an offenen Stellen, dann wird auch da kein Licht am Ende des Tunnels sichtbar: Noch nicht einmal halb so viel, wie an neuen Arbeitslosen wurden neue offene Stellen registriert: Genau 119.000. Und wenn man die Entwicklung seit Januar 1983 betrachtet, dann haben wir seitdem 1.323.000 neugemeldete Arbeitslose und nur 388.000 neuregistrierte Stellenangebote.

764.000 Arbeitnehmer standen schließlich im April in Kurzarbeit, obwohl das einen Rückgang um 258.000 bedeutet, zeigt jedoch der Vorjahresvergleich die bedenkliche Spiralenbewegung ins Ungünstige. Heute sind 55,7 Prozent mehr Arbeitnehmer auf Kurzarbeit gesetzt als noch im April 1982.

Es bleibt unerfindlich, wie angesichts dieser neuerlichen Momentaufnahme des Arbeitsmarktes der Bundeskanzler die frohgemute Behauptung aufstellen kann, der Aufschwung habe begonnen. Solange derart sträflicher Zweckoptimismus das Regierungshandeln bestimmt, so lange wird es unmöglich sein, der Koalition klar zu machen, daß nichts in Ordnung, sondern der Arbeitsmarkt nach wie vor in schrecklicher Unordnung ist. Und so lange werden die Arbeitslosen weiter unter der Untätigkeit dieser Regierung zu leiden haben. Auf's Jahr gesehen werden es auch 1983 wieder Hunderttausende mehr sein als im Vorjahr, denen das Aufschwung-Getöse der Regierung schrecklich in den Ohren gilt.

(-/4.5.1983/ks/rs)

+ + +



**Anpassung an andere als Zielsetzung?**  
-----**Zur Nord-Süd-Politik der Bundesregierung**

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die Nord-Süd-Politik der Bundesregierung ruht auf einigen Glaubenssätzen wie dem des Ost-West-Konfliktes und Heilslehren wie der des freien Marktes, aber ansonsten herrscht weitgehend Orientierungslosigkeit und Konfusion. Mit den Unternehmern wird über die Freiheit der Investitionstätigkeit in Entwicklungsländern geredet, mit den Gewerkschaften über die Sozialklausel zum Schutz der Arbeitnehmer. Die privaten Träger der Entwicklungshilfe werden in Sonntagsreden wegen der besonderen Bedeutung ihrer Arbeit gelobt, an anderer Stelle hört man, daß sie stärker in die von der Bundesregierung definierten deutschen Interessen eingebunden werden soll. Bei der Nord-Süd-Politik der neuen Bundesregierung kommt es in wichtigen Bereichen offensichtlich nicht auf eine durchgehende politische Linie an, sondern auf die jeweilige Zuhörerschaft. Dies führt zu unauflösbaren Widersprüchen, die die praktische Arbeit im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit wie in den Vorfeldorganisationen schwer behindern.

Nun war der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Volkmer Köhler, in Lateinamerika. Prompt folgt dem Besuch die Forderung nach verstärkter deutscher Hilfe für diesen Kontinent auf dem Fuß. Woher sollen die von der Bundesregierung ohnehin schon gekürzten Mittel herkommen? Und wie soll die Konzentration auf diesen zusätzlichen Schwerpunkt aussehen, nachdem auch die Verpflichtungsermächtigungen, sozusagen das Zukunftskapital der Entwicklungshilfe, so rabiat zusammengestrichen worden ist?

Niemand kann gegen eine verstärkte Zusammenarbeit mit Lateinamerika sein. Vielfache politische, wirtschaftliche und kulturelle Bindungen sprechen dafür. Aber man muß sagen, wie das finanziert und organisiert werden soll. Es muß klargestellt werden, welcher politischer Hintergrund dahintersteht.

Wichtiger als Gefälligkeiten für die gerade anwesenden Ansprechpartner ist eine klare grundsätzlicher Linie. Noch sind die entwicklungspolitischen Grundlinien der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung von 1980 formal in Kraft, aber niemand weiß, inwieweit sie in der Praxis noch gelten. In etwa einem Monat beginnt die 6. Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen, aber außer unwissenschaftlichen und unqualifizierten Anwürfen gegen den 2. Bericht der Nord-Süd-Kommission ist nichts bekannt, was auf die Haltung der Bundesregierung bei diesen Verhandlungen schließen lassen könnte. Auf diese Weise können die Interessen unseres Landes nicht angemessen vertreten werden, weil keiner weiß, wie die Bundesregierung sie definiert. Dies ruft die Gefahr hervor, daß wir konzeptionslos hinter Entschlosseneren herrudern und Anpassung an andere zum Maß aller Dinge wird.

(-/4.5.1983/bgy/rs)

+ + +



Arbeiten statt absitzen  
-----

Wer seine Geldstrafe nicht zahlen kann, soll nicht mehr in die Zelle müssen

Von Inge Donnepp

Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu Geldstrafe verurteilte Mitbürger, deren Geldstrafe nicht beigetrieben werden kann, erhalten in Nordrhein-Westfalen ab sofort die Chance, durch Verrichtung gemeinnütziger Tätigkeiten der an sich verurteilten Ersatzfreiheitsstrafe zu entgehen. Unentgeltliche Tätigkeit für Forst- und Gartenbauämter, im Verwaltungsbereich von Krankenhäusern und Altersheimen - ohne Patientenbetreuung - oder bei sonstigen gemeinnützigen Einrichtungen, erscheint sinnvoller als ein bloßes "Absitzen" der vom Gericht festgelegten Tagesätze. Mit diesem Arbeitsangebot, über das die nordrhein-westfälischen Staatsanwaltschaften im Gnadenwege entscheiden, soll vermieden werden, einen gerade nicht zu einer Freiheitsstrafe Verurteilten letztlich doch "auf dem Umweg" über die Ersatzfreiheitsstrafe in die Zelle zu schicken. Schließlich hat das Gericht hier doch ausdrücklich die Geldstrafe als ausreichend harte Sanktion angesehen. Eine freiwillige und unentgeltliche gemeinnützige Tätigkeit kommt dem Sinn des Richterspruchs wohl näher als die Durchsetzung des staatlichen Strafanspruchs durch Freiheitsentzug.

Neben dieser rechtspolitischen Zielsetzung soll mit der nordrhein-westfälischen Initiative aber auch ein Abbau der besorgniserregenden Überlegung in den Justizvollzugsanstalten des bevölkerungsreichsten Bundeslandes erreicht werden. Immerhin ist zur Zeit fast jeder 25. nordrhein-westfälische Gefangene schon ein Ersatzfreiheitsstrafler. Diese Tendenz dürfte sich angesichts von Massenarbeitslosigkeit und ausbleibender "Wende" künftig noch verstärken. Aus Gründen der Gleichbehandlung wurde auf einen Modellversuch in einem oder mehreren Landgerichtsbezirken zugunsten einer flächendeckenden Lösung verzichtet. Warum sollte ein Ersatzfreiheitsstrafler in Paderborn Zellen - in Aachen aber Waldluft bei der Pflege von Spazierwegen schnuppern?

Mit unverzertbarem Verwaltungsaufwand ist ebenso wenig zu rechnen wie mit einer weiteren Belastung des ohnehin schon knappen Arbeitsplatzangebots. Abgesehen davon, daß jeder der knapp 700 nordrhein-westfälischen Ersatzfreiheitsstrafler täglich cirka einhundert DM Haftkosten verursacht: Für Arbeit suchende Mitbürger sind Ersatzfreiheitsstrafler keine Konkurrenten, da sie unentgeltlich für solche Institutionen arbeiten, die "mangels Masse" ansonsten auf solche Arbeiten verzichten müßten.

So könnte beispielsweise das Freilichtmuseum eines finanzschwachen Trägers von Ersatzfreiheitsstrahlern kostenlos in Ordnung gehalten werden.

Erfolg oder Mißlingen der Initiative hängt letztlich - und dies ist nicht zu verhehlen - von der Bereitschaft ab, der Justiz Arbeit in ausreichendem Umfang anzubieten. Der Appell geht deshalb an alle staatlichen Stellen, Wohlfahrtsverbände und andere gemeinnützige Einrichtungen, durch Arbeitsangebote einer sinnvollen Konzeption zum Durchbruch zu verhelfen. Daß dies in der Praxis nicht einfach sein wird, liegt angesichts der wenig zufriedenstellenden Erfahrungen in einigen anderen Bundesländern auf der Hand. Kann aber die Alternative "Gar nichts tun" heißen? (-/4.5.1983/ks/rs)

+ + +



Für ein starkes Gegengewicht zur Bundesregierung

Die Wahlkampfeswerpunkte der hessischen SPD

Von Paul Leo Giani

Landesgeschäftsführer der hessischen SPD

"Schafft klare Verhältnisse. Hessen wieder vorn! SPD." Mit diesem Leitmotiv werden wir in den Wahlkampf gehen. Die hessische SPD tritt mit Ministerpräsident Holger Börner offensiv und selbstbewußt vor die Wähler, um am 25. September den Auftrag für eine klare sozialdemokratische Politik zu erhalten.

Die SPD knüpft damit bewußt an die Zeit an, als Georg-August Zinn in Hessen mit sozialdemokratischer Politik ein Gegengewicht gegen eine konservative Bundesregierung war. Dies hat Hessen nach vorn gebracht. Nach den ersten Aufbaujahren konnte Zinn für Hessen und seine Menschen arbeiten, ohne von kleinen Parteien gehindert oder gar erpreßt zu werden. Deshalb kämpfen wir nicht für Koalitionen, sondern um die Mehrheit der Mandate. Deshalb muß die SPD stärkste Partei werden!

Mit folgenden Schwerpunkten will die SPD in den kommenden fünf Monaten um ihre sozialdemokratischen Positionen kämpfen:

- Für Arbeitsplätze - gegen Arbeitslosigkeit.
- Für soziale Gerechtigkeit - gegen Umverteilung von unten nach oben.
- Für gleiche Bildungs- und Berufschancen - gegen Privilegien.
- Für den Frieden mit der Natur - gegen Waldsterben und Umweltzerstörung.
- Für mehr Selbstverwaltung in den Gemeinden - gegen Austrocknen der Selbstverwaltung.
- Für Frieden und Entspannung - gegen Aufrüstung.
- Für Hessen - gegen eine Gleichschaltung mit der konservativen Wende in Bonn.

Bis zum 25. September bleibt nach Auffassung der SPD genügend Zeit für die Wähler, bei der Entscheidungsfindung den Wahrheitsgehalt der Wahlversprechen von Kohl und Genscher und die Folgen der Wahl vom 6. März zu prüfen. Schon heute kann in zentralen Bereichen gesagt werden: Für CDU/CSU/FDP gilt das gebrochene Wort. Die vielen Schulabgänger ohne Lehrstelle spüren dies ebenso wie die zahlreichen Arbeitnehmer, auf deren Rücken die Risiken der gegenwärtigen Wirtschaftslage abgewälzt werden. Die Rentner werden geschröpft, für Familien mit kleinen Einkommen werden die Lasten schwerer. Dagegen erhalten Spitzenverdiener zusätzliche Vorteile, die rückzahlbare "Zwangsanleihe" ist nur eines von vielen Beispielen.

Die hessischen Sozialdemokraten sehen deshalb auch die Aufgabe, im Bundesrat ein starkes Gegengewicht gegen diese Politik zu schaffen. Sozialdemokratische Initiativen in der Länderkammer, wie zum Beispiel der Kampf für ein Gesetz gegen den "Sauren Regen" oder ein Gesetz für ein "vorruhestandsgeld" sollen durch eine starke hessische Position bessere Aussichten auf Verwirklichung erhalten.



Bereits jetzt ist belegbar, daß die Masse der Beschäftigten von der Bonner Regierung durch eine Politik diszipliniert werden soll, die nicht mehr Arbeitsplätze schafft, sondern das Lebensrisiko des Einzelnen erhöht. Wir wollen keine eingeschüchterten Arbeitnehmer. Wir sind im Gegensatz zu CDU und CSU für einen deutlichen Beitrag des Staates bei der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen. Wir sagen deshalb: Laßt uns Arbeit mit öffentlichen Mitteln finanzieren statt Milliarden für Arbeitslosenunterstützung auszugeben.

Hessen kann stolz sein auf das, was unter sozialdemokratischer Verantwortung seit dem Wiederaufbau geschaffen wurde: Wir haben eine niedrigere Arbeitslosenquote als der Bundesdurchschnitt, weil wir uns der Verantwortung des Staates für die Arbeitsplätze immer bewußt waren. Wir haben mehr investiert für bessere Lebenschancen unserer Bürger - im sozialen Bereich, für Schulen und Hochschulen. Wir haben früher als andere die Erfordernisse einer aktiven Arbeitsmarktpolitik mit denen des Umweltschutzes verbunden.

Auch nach der Wahl vom Herbst 1982 war dies der Maßstab für unser politisches Handeln. Die Ergebnisse geben uns Recht, wie zum Beispiel das Sonderprogramm für Arbeits- und Ausbildungsplätze zeigt.

Die Hessen-SPD wird im Wahlkampf verdeutlichen, daß es bei der Wahl am 25. September um eine Entscheidung über handfeste soziale und wirtschaftliche Interessen geht - in Hessen und weit über die Ebene der Landespolitik hinaus. Dabei wollen die Sozialdemokraten auf der Seite der Arbeitnehmer, der Rentner, der Arbeit suchenden Jugendlichen und der Nachdenklichen in unserer Gesellschaft stehen. Ministerpräsident Holger Börner und die SPD wollen ein Wachstum im Interesse der Menschen. Sie stehen damit im Gegensatz zu Kohl/Lambsdorff/Wallmann, die sich zwar Sorgen um die Bilanzen der Konzerne machen und deshalb auch dafür die Wirtschaftskrise zum Vorwand nehmen. Deshalb braucht Hessen eine starke sozialdemokratische Regierung; denn nur dann kann den konservativen Veränderern in Bonn mit Erfolg auf die Finger gesehen werden.

(-/4.5.1983/ks/rs)

+ + +

